

# ÖSTERREICHISCHE VERWALTUNGS WISSENSCHAFTLICHE BLÄTTER

Zeitschrift für Verwaltungswissenschaften – Ausgabe 02/2011

Herausgeber: Dr. Manfred Matzka – Dr. Theodor Thanner – Dr. Mathias Vogl – Mag. Gregor Wenda, MBA

---

**Sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

Das abgelaufene Quartal war das mit der dichtesten Veranstaltungsfrequenz in der Geschichte der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft:

Im Feber widmeten wir der künftigen Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit (erster Instanz) eine Diskussionsveranstaltung in den Räumen des VwGH, die großes Interesse fand und zu der wir auch sehr positive Rückmeldungen erhielten. Vor allem die Gegenüberstellung eines verfassungsrechtlichen Beitrages zu den offenen Fragen und Möglichkeiten der in Diskussion stehenden Reform, eines verwaltungswissenschaftlichen Referats zu Organisationsvarianten und Kosten und eines Referats zu möglichen Alternativen und Zwischenschritten erwies sich als geglückt. Es ist offenbar gelungen, bei diesem Thema dem Anspruch der Interdisziplinarität der Verwaltungswissenschaften gerecht zu werden. In der vorliegenden Publikation findet sich ein diesbezüglicher Bericht.

Bei der folgenden Frühjahrstagung im März setzten wir das Konzept fort, mit mehreren Referaten einen mehrdimensionalen wissenschaftlichen Zugang zum selben Themenkreis zu präsentieren: Das Thema „Compliance in der öffentlichen Verwaltung“ erwies sich als tragfähig und es war möglich, einen sehr aktuellen Begriff aufzugreifen, aber es nicht beim Schlagwort und den üblichen oberflächlichen Diskursen darüber zu belassen, sondern es in eine sehr konkrete Bearbeitung vor dem Hintergrund des Dienstrechts und konkreter Fragen aus der Außen- und Innenperspektive auf den Boden der Verwaltungsrealität zu bringen. Ein Beitrag dazu wird in den nächsten



**Dr. Manfred Matzka**

Verwaltungswissenschaftlichen Blättern zu finden sein.

Die dritte Veranstaltung, die wir gemeinsam mit dem FIV durchführten, widmete sich Ende März einigen Schnittstellenfragen des Verhältnisses von Politik und Verwaltung; sie führten nicht nur zu einer lebhaften Diskussion, sondern auch zur Initiative, aus der Diskussion heraus zu Handlungsvorschlägen und Aktionen zu kommen. Es ist an dieser Stelle ausdrücklich allen Referentinnen und Referenten zu danken, die sich für Beiträge zur Verfügung gestellt haben. Die Qualität der Referate zeigt, dass es in Österreich eine zwar kleine, aber lebendige Verwaltungswissenschaftsszene gibt, die das Potenzial in sich trägt, sich eigenständig zu konsolidieren.

*Dr. Manfred Matzka  
Präsident der ÖVG*



## DREILÄNDERTAGUNG 2010 IN BERLIN Die Rolle des Staates in der Informationsgesellschaft

von Gregor Wenda

**Bereits knapp eineinhalb Jahre nach der letzten gemeinsamen Tagung der verwaltungswissenschaftlichen Sektionen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz widmete sich die Dreiländertagung 2010 auf Einladung der deutschen Sektion des IIAS am 18. und 19. November 2010 in Berlin dem Thema „Die Rolle des Staates in der Informationsgesellschaft“.**

Die Veranstaltung analysierte, welche staatlichen und regulativen Rahmenbedingungen für E-Government in den drei deutschsprachigen Staaten bestehen und welchen Veränderungen die staatliche Verwaltung heute unterworfen ist. Veranstaltungsort war das historische „Rathaus Schöneberg“, das bis zum Fall der Berliner Mauer als Rathaus West-Berlins fungiert hatte. U.S.-Präsident John F. Kennedy sprach von einem Pult vor dem Rathaus im Jahr 1963 seine legendären Worte „Ich bin ein Berliner“. Das Pult ist noch heute im Festsaal in Verwendung.



Vollbesetzter Tagungssaal im Schöneberger Rathaus



Offizielle Repräsentanten der drei deutschsprachigen IIAS-Sektionen mit Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe (v.l.n.r. Manfred Matzka, Österreich; Hans Bernhard Beus, Deutschland; Albert Hofmeister, Schweiz)

Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus, Präsident der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Dr. Albert Hofmeister, Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften, und Sektionschef Dr. Manfred Matzka, Präsident der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft, eröffneten die hochrangig besetzte und besuchte Veranstaltung.

Dr. Matzka unterstrich als ÖVG-Vertreter die Vorreiterrolle Österreichs im E-Government-Bereich – die mehrfache Auszeichnung als Europameister sei „beflügelnd“, es bedürfe aber auch „großer Anstrengungen, diese Position zu halten“. Mit Blick auf das Gastgeberland betonte Matzka, dass eine verfassungsrechtliche Kompetenz zur IT-Regulierung, wie sie nun in der Bundesrepublik Deutschland vorliegt, auch für Österreich „hilfreich“ wäre. Die seit 1997 laufend zunehmende Bedeutung der Plattform „help.gv.at“ habe seit 2010 mit dem „Unternehmensserviceportal“ Zuwachs bekommen. Dies sei notwendig gewesen, um neben der Beziehung zu Bürgerinnen und Bürgern auch „die wirtschaftliche Zielgruppenorientierung“ zu stärken. Mit diesen Portalen sollten in Zukunft auch soziale Netzwerke verstärkt genutzt werden, der Staat müsse sich daher mit diesen Phänomenen auseinandersetzen. Dazu wären in Österreich auch Verwaltungsstrukturen anzupassen oder gar zu vereinfachen, um Prozesse zu optimieren und „Hierarchien abzuflachen“.



Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für die Informationstechnik, unterstrich die große Bedeutung neuer Medien für die öffentliche Verwaltung. Der Staat müsse im Bereich des E-Governments seiner „kooperierenden Rolle nachkommen“, um eine einheitliche Strategie für Bund, Länder und Gemeinden zu erarbeiten. In einer neuen Form der „Netzpolitik“ müsse der Staat aus Rogall-Grothes Sicht drei Rollen einnehmen: eine „Ordnungsrolle“, insbesondere durch Regulierung, eine „Vorreiterrolle“, etwa durch Innovationen wie den neuen elektronischen Personalausweis oder den neuen elektronischen Post-Standard „De-Mail“, und eine „Förderrolle“, zum Beispiel durch den Ausbau von Kooperationen. In der Informationsgesellschaft müsse der Staat aber vor allem auch „ein guter Manager“ sein.



1. Podium unter der Moderation von Albert Hofmeister: Martin Schalbruch, Deutschland; Andreas Ladner, Schweiz; Peter Kustor, Österreich

Das erste Podium zum Thema „Staatliche und regulative Rahmenbedingungen für E-Government“ unter der Moderation von Dr. Albert Hofmeister fasste Berichte von Abteilungsleiter Mag. Peter Kustor, Bundeskanzleramt in Wien, Prof. Dr. Andreas Ladner, Universität Lausanne, und Martin Schalbruch, IT-Direktor im Bundesministerium des Innern in Deutschland, zusammen. Die österreichische Perspektive präsentierte neben help.gv.at die Bedeutung der digitalen Signatur mit Bürgerkarte oder Mobiltelefon. Das E-Government-Gesetz, das Signaturgesetz und das Verwaltungsverfahrensgesetz seien, so Mag. Kustor, ein wichtiges Fundament für die österreichischen E-Government-

Anwendungen. In der Schweizer Präsentation trat zutage, dass die Eidgenossenschaft – bedingt durch den hohen Grad an Föderalismus mit großer Vielfalt und regem Wettbewerb – bei einheitlichen E-Government-Lösungen noch Aufholbedarf sehe. Da die Bevölkerung mit der Verwaltung allerdings zufrieden ist, bestehe, so Prof. Ladner, „kein dringender Handlungsbedarf“. Martin Schalbruch skizzierte die neue deutsche IT-Strategie, mit der alle Ressorts unterstützt werden sollen. Ein IT-Planungsrat wurde geschaffen, der zur Steuerung von Informationstechnologien in Deutschland eingesetzt werden soll. Angestrebt werde nun ein E-Government-Gesetz als gemeinsamer gesetzlicher Rahmen und zur Verstärkung der Homogenität. Nach einem feierlichen Abendempfang mit Museumsführung unweit des Schlosses Charlottenburg setzte die Drei-Länder-Tagung am 19. November 2010 mit dem zweiten Modul zum Thema „Internet als Reformmotor für die Verwaltungsorganisation“ unter der Moderation von Sektionschef Dr. Manfred Matzka fort. Peter Grütter, Fürsprecher und Direktor von „Cisco Systems“, Prof. Dr. Tino Schuppan, Universität Potsdam, und Mag. Dr. Peter Parycek, MAS, Donau-Universität Krems, erläuterten aus den Gesichtspunkten der drei deutschsprachigen Länder, inwieweit das World Wide Web und neue Technologien die Verwaltungskultur verändert haben und vor welche zukünftigen Herausforderungen der Staat dabei gestellt wird.



Abendempfang im Rahmen der Dreiländertagung

Das dritte Modul unter der Moderation von Prof. Hans-Joachim Hilbertz setzte sich mit „Staat-Bürger-Beziehungen in der Informationsgesellschaft“ auseinander. Dr. Leonard



**2. Podium unter der Moderation von Manfred Matzka:**  
Peter Parycek, Österreich; Tino Schuppan, Deutschland;  
Peter Grütter, Schweiz

Novy, Stiftung neue Verantwortung, Berlin, Mag. Robert Krimmer, OSZE (vormals in Österreich), und Prof. Dr. Reto Steiner, KPM Universität Bern, kamen auf die durch neue Medien beeinflusste Weiterentwicklung dieser Beziehung zu sprechen und diskutierten gemeinsam mit Vertretern von IT-Unternehmen – Stephan Rupf (SAP Consulting), Peter Grütter (Cisco Systems) und Willi Kaczorowski (Cisco Systems) – das Zusammenspiel von Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Schlagworte wie „Open Government“, „Open Data“ und „Web 2.0“ werden den Staat in der Zukunft verstärkt beschäftigen und sind bereits jetzt dabei, die Form, wie etwa Wählerinnen und Wähler mit der Politik kommunizieren, zu verändern. Mehr Partizipation über elektronische „Tools“ in Form von „E-Democracy“ oder sogar „E-Voting“ seien weitere Ausformungen der Modernisierung, die das Vertrauen der Bürger durch mehr Transparenz und Teilhabe steigern könnten. Staatssekretär Beus wies in einer Wortmeldung jedoch darauf hin, dass



**3. Podium mit IT-Vertretern und Fachexperten:**  
Willi Kaczorowski, Stephan Rupf, Robert Krimmer,  
Hans-Joachim Hilbertz, Leonard Novy, Reto Steiner

der Staat „nicht immer jedem Trend folgen“ müsse; er solle und müsse zum Teil auch abwarten, wie Wirtschaft und Gesellschaft sich weiterentwickeln, um „Sicherheit und Stabilität“ zu bieten.

Die nächste Drei-Länder-Tagung wird voraussichtlich im Herbst 2012 in Österreich stattfinden. Die ersten Planungsgespräche begannen schon am Ende der Berliner Veranstaltung. Die Präsentationsfolien der Drei-Länder-Tagung 2010 sind auf der Seite der deutschen Sektion des IAS unter <http://www.deutschesektion-ias.de/199.html> abrufbar.



**Die Organisatoren der Dreiländertagung 2010 vor dem historischen Rednerpult von John F. Kennedy:** Albert Hofmeister, Schweiz; Christoph Hauschild, Deutschland; Gregor Wenda, Österreich (v.l.n.r.)



**Rathaus Schöneberg in Berlin – Tagungsort der Dreiländertagung 2010**



# Verwaltungswissenschaftliche Fragestellungen zur geplanten Verwaltungsgerichtsbarkeit 1. Instanz

Am 17. Februar 2011 lud die Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft in die Festräumlichkeiten des Verwaltungsgerichtshofes zu einer hochkarätig besetzten und gut besuchten Veranstaltung zum „Dauerbrenner“ der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 1. Instanz ein.

In einem einleitenden Grundsatzreferat ging Verfassungsrichter Univ.-Prof. Dr. Georg Lienbacher (Wirtschaftsuniversität Wien) auf die lange Vorgeschichte dieses Projekts und die Rahmenbedingungen der Europäisierung des Verwaltungsrechtsschutzes sowie die staatsreformatorischen Aspekte ein. Er wies treffend darauf hin, dass mit dem bestehenden Entwurf der von der Bundesregierung eingesetzten Expertengruppe Staats- und Verwaltungsreform ein praktikables Modell vorliegen würde, dessen Umsetzung von den politischen Rahmenbedingungen abhängig sei.



Univ.-Prof. Dr. Georg Lienbacher am Rednerpult

Anforderungen, die sich in vergleichender Perspektive aus der derzeitigen Organisation der ordentlichen Gerichtsbarkeit ergeben. Besonderes Augenmerk legte er dabei auf die Frage, in welchem Zahlenverhältnis die entscheidungsbefugten Personen zum Administrativpersonal stehen sollten.

Dr. Alexander Balthasar (EU-Grundrechteagentur, Österreichisches Institut für Europäische Rechtspolitik Salzburg) richtete schließlich angesichts der derzeitigen Realisierungsperspektiven den Blick auf mögliche



Vizepräsident des VwGH Univ.-Prof. Dr. Rudolf Thienel, SC Dr. Mathias Vogl, Mitglied des VfGH Univ.-Prof. Dr. Georg Lienbacher, SC Dr. Manfred Matzka

Sodann widmeten sich drei Statements bestimmten Einzelaspekten. Zunächst behandelte der Präsident der ÖVG, SC Dr. Manfred Matzka, die Herausforderungen der Errichtung und Einrichtung einer erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit aus organisationsrechtlicher Sicht. Er zeigte dabei insbesondere auf, wie der Mehraufwand der Umstellung dieses Systems durchaus gestaltbar erscheint.

Dr. Anton Paukner, leitender Staatsanwalt und Abteilungsleiter im BMJ, verdeutlichte anhand anschaulichen Zahlenmaterials jene



Hochrangige Teilnehmende im Gelben Salon im Verwaltungsgerichtshof

Modelle einer „kleinen Lösung“, die nicht alle Merkmale der Endausbaustufe einer erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit, vor allem mit Blick auf die Abschaffung sämtlicher Sonderbehörden, aufweisen.

Eine Diskussion und ein informelles Beisammensein in den Repräsentationsräumen des Verwaltungsgerichtshofes rundeten die Veranstaltung ab.

Harald Eberhard



## VERWALTUNGSPREIS 2010

Im Jahr 2010 wurde vom Bundeskanzleramt zum bereits vierten Mal der „Österreichische Verwaltungspreis“ ausgeschrieben. Mit diesem Bewerb wurden herausragende Leistungen, innovative Entwicklungen und erfolgreiche Modernisierungsprozesse öffentlicher Organisationen gesucht und in vier verschiedenen Kategorien bewertet: in der Kategorie „BürgerInnenorientierung – Die Sichtweise von außen interessiert uns“, der Kategorie „Management von Diversity, Integration und Gender – Potential für die Verwaltung von morgen“, der Kategorie „BürgerInnenmitwirkung – ein Mehr an Demokratiequalität“ und der Kategorie „Bürokratieabbau und Zusammenarbeiten zum Nutzen der BürgerInnen“. Bis 30. November 2010 konnten alle österreichischen Verwaltungseinrichtungen ihre Projekte einreichen; anhand von klar definierten Beurteilungskriterien ermittelte eine Jury aus Fachleuten in der Folge die Preisträger und Anerkennungen.



Verleihung des Verwaltungspreises 2010 durch Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek

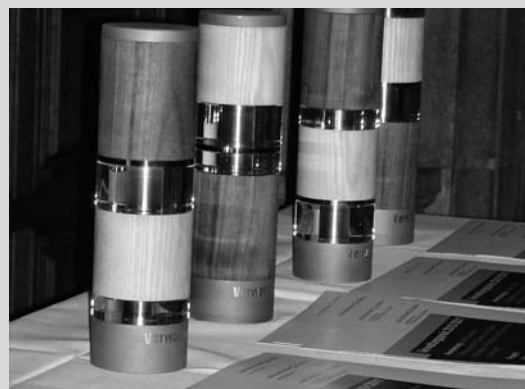
### ÖVG in der Jury

Die Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft war durch Generalsekretär Mag. Gregor Wenda, MBA, in der Jury vertreten. Gemeinsam mit HR Dr. Rosmarie Drexler, MBA, Bezirkshauptfrau von Zell am See, und HR Dr. Herbert Hauser, Bezirkshauptmann von Innsbruck, begutachtete Generalsekretär Wenda Projekte unter dem Gesichtspunkt der „BürgerInnenorientierung“. Die feierliche Preisverleihung fand im Beisein von Gabriele Heinisch-Hosek,

Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst, am 28. März 2011 im Wiener Rathaus statt. Insgesamt vier Projekte erhielten Preise; elf weitere wurden mit Anerkennungen gewürdigt. Die Preisträger waren die Stabsstelle für Chancengleichheit, Anti-Diskriminierung und Frauenförderung des Landes Salzburg (Thema: Wirkungsorientierung und Good Governance – von Subventionsempfängerinnen zu Leistungserbringerinnen: Wirkungsorientierte Steuerung für Individualistinnen), das BMASK-Sektion VII/Gruppe A, Zentral-Arbeitsinspektorat, Arbeitsinspektorat (Thema: Implementierung von Gender Mainstreaming und Diversity in der Arbeitsinspektion und im Sicherheits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz), das Jugendinformationszentrum Vorarlberg (Thema: Jugend & Politik) und das Amt für Jugend und Familie der Stadt Graz (Thema: Sozialraumorientierung in Graz).

Weitere Informationen:

<http://www.bka.gv.at/site/6588/default.aspx>



Die künstlerisch gestalteten Trophäen für den Verwaltungspreis 2010 symbolisieren die Vielseitigkeit der Verwaltung



## REZENSION

**Greiling/Halachmi/Schauer (Hrsg),  
Accounting, Accountability and  
Governance in the Public Sector:  
9<sup>th</sup> International Symposium on Public  
Sector Management, 2011,  
330 Seiten, 24,80 Euro**

Mit dem in der Schriftenreihe Public & Non-profit Management herausgegebenen englischsprachigen Werk liegt der Tagungsband des am 22. und 23. Juni 2009 an der Johannes Kepler Universität Linz stattgefundenen 9. Internationalen Symposiums über Public Sector Management vor. Er befasst sich mit dem Rechnungswesen, der Verantwortlichkeit und der Verwaltungsführung im „Public Sector“.

Das aktuelle Interesse an der Reform der Rechnungslegung im öffentlichen Sektor, die anhaltende Diskussion über vorgeschlagene Methoden zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und die Suche nach guter Verwaltungsführung sind markante Punkte in den Programmen vieler Regierungen. Die öffentliche Debatte rund um diese Herausforderungen der Verwaltung ist im starken Maß von der Weltwirtschaftskrise und einhergehenden Einsparungsmaßnahmen getragen.

Der internationale Sammelband bietet eine Momentaufnahme der jüngsten Entwicklungen und Denkanstöße. Die Sammlung teilt

sich in drei separate, aber etwas überlappende Teile: Buchhaltung in einer sich wandelnden Welt, Verantwortlichkeit als Herausforderung für den öffentlichen Sektor und Verwaltungsführung als aufkommendes Thema.

Die Publikation befasst sich mit diesen Fragen aus einer internationalen und vergleichenden Perspektive. Die sowohl von Wissenschaftlern als auch Praktikern verfassten Beiträge bieten theoretische und konzeptionelle Ansätze sowie konkrete länderspezifische Beobachtungen und Meinungen. Neben Österreich liegt der Schwerpunkt des Werkes auf den europäischen Staaten (vor allem Deutschland und Niederlande) sowie Japan.

Im Gegensatz zu Entwicklungsländern, in denen es bei der Rechenschaftspflicht des Staates meist um Regelungen und Gesetze geht, liegt in Staaten der westlichen Hemisphäre der Fokus zusehends auf der Transparenz der Verwaltung und der Berufsethik der öffentlich Bediensteten.

An New Public Management interessierte Leserinnen und Leser finden in diesem Werk Erklärungen und Anregungen zur immer komplexer werdenden und ständigem Wandel unterliegenden Staatsmodernisierung. Ob die vorgeschlagenen Reformen – hierbei ist vor allem der Beitrag über die österreichische Budgetreform herauszustreichen – die gewünschten Einsparungen bringen werden, wird auch weiterhin große Aufmerksamkeit verdienen.

Helgo Eberwein

## Terminvorschau des IIAS

### IIAS Council of Administration

The 108<sup>th</sup> session of the IIAS Council of Administration (former Executive Committee) was held on 24 and 25 February 2011 in Brussels, Belgium. The next meeting will be held on Monday 4 July 2011 in Lausanne, Switzerland.

### IIAS General Assembly

The next meeting of the General Assembly will be held on Monday 4 July 2011 in Lausanne, Switzerland.

### IIAS Congress 2011

The 2011 International Congress of the IIAS will be held from 4 to 8 July in Lausanne, Switzerland. Do not forget to register online via the following link: [www.conftool.net/iias2011](http://www.conftool.net/iias2011). Further information on the programme and the congress can be found on the website: [www.iias-congress2011.org](http://www.iias-congress2011.org).

### IIAS Regional Groups

#### AGPA

With the strong support of the Institute, the Asian Group for Public Administration will be established in Beijing in May/June 2011.

#### LAGPA

The first meeting of the Latin American Group for Public Administration will be held on 20 and 21 June 2011 in Guatemala.

Nähere Informationen zu allen Veranstaltungen finden sich im Internet unter <http://www.iias-iisa.org/e/service/calendar/Pages/default.aspx>.



Österreichische  
Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft  
p.A. Bundesministerium für Inneres  
Rechtssektion  
A-1014 Wien, Herrengasse 7  
Telefon: 01 – 53126 – 2220  
<http://www.oevg.info>  
E-Mail: [oevg@gmx.at](mailto:oevg@gmx.at)



## Terminvorschau

Die Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft lädt ein zur

### **HERBSTTAGUNG 2011** „Unabhängigkeit und Steuerbarkeit von Verwaltungseinheiten“

**15. und 16. September 2011, Weißer Saal, Grazer Burg, Graz**

1. Modul: Staatstheoretische Aspekte
2. Modul: Evaluierung von unabhängigen Verwaltungseinrichtungen
3. Modul: Eine Verwaltung – viele Verwaltungen?

Details folgen in der kommenden Ausgabe. Sollten Sie bereits nähere Informationen wünschen, so kontaktieren Sie uns bitte.

Werden Sie Mitglied der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG.  
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 21 Euro pro Jahr.



## Beitrittserklärung:

Ich erkläre meinen Beitritt zur Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG

Name/Funktion: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie die Beitrittserklärung entweder mit E-Mail an [oevg@gmx.at](mailto:oevg@gmx.at) oder an Monika Lang, p.A. Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1014 Wien.



### Impressum:

Die Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Blätter (ÖVwBl) sind ein Informationsmedium der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) für ihre Mitglieder – ZVR: 164880580

Im Sinne der Meinungsvielfalt stellt das .SIAK-Journal diese Seiten der ÖVG zur Formulierung ihrer Standpunkte zur Verfügung. Der Inhalt dieser Seiten muss sich daher nicht unbedingt mit den Ansichten der Redaktion des .SIAK-Journals decken.

Chefredakteur: Priv.-Doz. Dr. Harald Eberhard, E-Mail: [harald.eberhard@chello.at](mailto:harald.eberhard@chello.at)

Redaktion: Dr. Theodor Thanner, E-Mail: [oevg@gmx.at](mailto:oevg@gmx.at)

FOTOS: HBF, Wenda